

**Niederschrift  
über die Sitzung des Integrationsrates  
am 29.01.2015  
um 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal**

Anwesend sind:

**Vorsitzende**

Frau Erden Ankey-Nachtwein

**Ratsmitglieder**

Herr Fritz Beinersdorf

Herr Ottmar Gebhardt

Frau Gabriele Leitzbach

Herr Volker Leitzbach

Herr David Schichel

Herr Jochen Siegfried

Herr Stefan Wagner

Herr Ralf Wieber

bis 18.25 Uhr, für RM Alexa Schmitz

für RM Jutta Velte

**Migrantenvertreter/innen**

Herr Mahmut Arslanbas

Herr Bircan Aslan

Frau Sakine Demir

Herr Metin Göcer

Herr Bayram Hüseyinoglu

Herr Muhammet Kilicarslan

Herr Nihat Murat

Herr Cengiz Özdemir

Herr Bekir Öztürk

Herr Salih Temizyürek

Herr Hasan Yalci

für Frau Yurdakul Kaya

ab 17.30 Uhr

für Herrn Üzeyir Ülger

**Stadtkämmerer**

Herr Sven Wiertz

**von der Verwaltung**

Frau Heike Hildebrandt

Herr Martin Sternkopf

Frau Frauke Türk

**Schriftführer/in**

Frau Silke Eller

Entschuldigt fehlen:

**Ratsmitglieder**

Frau Alexa Schmitz

**Migrantenvertreter/innen**

Frau Yurdakul Kaya

Herr Vitor Manuel Raposeiro Estradas

## Tagesordnung

### I. Öffentlich

- |            |         |   |
|------------|---------|---|
| <b>1</b>   |         | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung   |
| <b>2</b>   |         | Niederschrift über die Sitzung vom 20.11.2014   |
| <b>3</b>   |         | Vorstellung Kommunale Koordinierungsstelle Übergang Schule - Beruf  |
| <b>4</b>   |         | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung   |
| <b>5</b>   |         | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung   |
| <b>5.1</b> | 15/0727 | Anmeldungen der Schulneulinge für das Schuljahr 2015/2016   |
| <b>5.2</b> |         | Integrationskonzept (2015/2016) der Stadt Remscheid - mündliche Information   |
| <b>5.3</b> | 15/0789 | Maßnahmenplanung 2015 Zentraldienst Integration und Migration   |
| <b>6</b>   |         | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| <b>7</b>   |         | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung   |
| <b>8</b>   |         | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung     |
| <b>8.1</b> | 15/0695 | Krankenkassenkarte für AsylbewerberInnen<br>- Antrag der Fraktion Die Linke   |
| <b>8.2</b> | 15/0852 | Gesundheitskonzept für Flüchtlinge und Asylsuchende   |
| <b>9</b>   |         | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung   |

## **I. Öffentlich**

### **1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 18 Nein 0 Enthaltungen 0

#### **Beschluss:**

Die als Tischvorlagen eingebrachten Drucksachen 15/0789 – Maßnahmenplanung 2015 Zentraldienst Integration und Migration – und 15/0852 – Gesundheitskonzept für Flüchtlinge und Asylsuchende – werden als Tagesordnungspunkt 5.3 (DS 15/0789) und Tagesordnungspunkt 8.2 (DS 15/0852) auf die Tagesordnung genommen.

### **2. Niederschrift über die Sitzung vom 20.11.2014**

Es werden keine Änderungen oder Ergänzungen zur Niederschrift beantragt.

### **3. Vorstellung Kommunale Koordinierungsstelle Übergang Schule - Beruf**

Frau Türk stellt die Kommunale Koordinierungsstelle Übergang Schule – Beruf vor. Ziel der Koordinierungsstelle ist es, für die Schüler einen nahtlosen Übergang von der Schule in den Beruf oder das Studium zu erreichen. Dazu soll noch frühzeitiger, bereits ab der 8. Klasse, mit den Schülern an einer Lebensplanung gearbeitet werden. Außerdem erfolgt eine eintägige Potenzialanalyse, in die auch die Eltern mit einbezogen werden.

Neu eingeführt wird für alle Schulen die Durchführung von drei Mal einem Praktikumstag in der 8. Klasse. Dadurch sollen die Schüler einen kleinen Einblick in verschiedene Berufszweige erhalten, bevor in der 9. Klasse das dreiwöchige Betriebspraktikum durchgeführt wird.

Am Ende der Schulzeit wird zwischen Schülern, Lehrern und Eltern eine Anschlussvereinbarung getroffen. Alle Schulen müssen zukünftig an diese Maßnahmen durchführen. Den Schulen entstehen dadurch keine zusätzlichen Kosten. Es wird aber ein erhöhter Arbeitsaufwand für die Lehrer und die Schulleitung entstehen. Die Kosten für die Durchführung der Potenzialanalyse werden vom Land bzw. der EU getragen. Die Maßnahme wird mit 100 Euro pro Schüler gefördert.

Außerdem müssen ausreichend Betriebe akquiriert werden, die eintägige Praktika anbieten. Bei annähernd 1.000 Schülern müssen im Schuljahr 3.000 Praktika durchgeführt werden.

Zurzeit wird an einigen Schulen, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, vom Bund bereits eine Maßnahme gefördert, in der die Schüler eine zweitägige Potenzialanalyse durchlaufen und anschließend zwei Wochen beim BZI ein Praktikum absolvieren. Diese Variante wird dann wegfallen.

Herr Göcer fragt nach, ob nur Jugendliche mit guten Leistungen die Angebote in Anspruch nehmen können. Frau Türk teilt mit, dass keine Unterschiede gemacht werden, alle Schüler sollen an den Praktika und den Potenzialanalysen teilnehmen.

Herr Siegfried bittet darum, dem Integrationsrat ein Beispiel für eine durchgeführte Analyse in anonymisierter Form zur Kenntnis zu geben. Frau Türk erklärt, dass noch keine Analysen vorliegen. Sie wird aber die Standards der Niederschrift beifügen.

Herr Schichel möchte wissen, ob auch die Stadtverwaltung Remscheid Praktikumsplätze anbietet. Das wird von Frau Türk bestätigt.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

#### **4. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anfragen vor.

#### **5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung**

##### **5.1. Anmeldungen der Schulneulinge für das Schuljahr 2015/2016 Vorlage: 15/0727**

Frau Ankay-Nachtwein informiert die Anwesenden darüber, dass an der heutigen Sitzung kein Vertreter des Fachdienstes Schule und Bildung teilnehmen kann. Fragen können aber gestellt werden, diese werden dann in der nächsten Sitzung beantwortet.

Herr Leitzbach ist der Meinung, dass über einige der Entscheidungen der Verwaltung sowohl im Integrationsrat als auch im Ausschuss für Schule diskutiert werden sollten. Als Beispiel nennt er die Entscheidung über die Klassengrößen am Schulstandort Kremenholz/Honsberg. Hier ist seiner Meinung nach zugunsten der Schule Honsberg an der Schule Kremenholz eine Klasse mit 28 Schülern eingerichtet worden. Eine Förderung in diesem eher als schwierig einzustufenden Einzugsbereich wird durch eine solche Klassengröße erschwert. Er fragt nach, auf welcher Basis der Fachdienst Schule und Bildung diese Entscheidungen getroffen hat und ob z. B. die Stadtentwicklungsplanung berücksichtigt worden ist.

Frau Ankay-Nachtwein bittet die Verwaltung um Auskunft in der nächsten Sitzung.

##### **5.2. Integrationskonzept (2015/2016) der Stadt Remscheid - mündliche Information**

Herr Sternkopf berichtet, dass der Entwurf des Integrationskonzeptes in die Sitzung am 05.03.2015 eingebracht wird. Vorab soll es bereits per Mail allen Integrationsratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden (Mitte Februar). Inhaltlich wird das Konzept im Rahmen der im März stattfindenden Klausurtagung diskutiert und ggf. überarbeitet.

Frau Ankay-Nachtwein teilt mit, dass am 24.03.2015 eine Sondersitzung des Integrationsrates stattfinden wird, in der nur noch über das Konzept abgestimmt werden muss. Eine Abstimmung über die Drucksache ist am Ort der Klausurtagung aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

### **5.3. Maßnahmenplanung 2015 Zentraldienst Integration und Migration Vorlage: 15/0789**

Die Anwesenden bedanken sich für die gute Vorlage. Frau Leitzbach bittet darum, die Anlagenseiten zukünftig zu nummerieren, damit die Diskussion im Gremium erleichtert wird.

Frau Leitzbach und Herr Siegfried haben diverse Fragen zur Vorlage. Da Frau Brillling, die die Federführung in dieser Sache hat, an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann, sagt Herr Sternkopf zu, dass alle offenen Fragen bis Mitte Februar per Mail beantwortet werden. Außerdem sagt er zu, dass die Berichte zur Umsetzung und weiteren Maßnahmenplanung zukünftig quartalsweise erfolgen sollen.

Herr Siegfried bittet darum, das Thema Kennzahlen und Monitoring auf die Tagesordnung für die Klausurtagung zu setzen. Der Integrationsrat soll zu diesem Thema Vorgaben entwickeln und den Begriff „Integration“ definieren.

Herr Göcer ist der Meinung, dass das Integrationskonzept gut ist. Noch wichtiger ist aber die Umsetzung.

Herr Schichel weist darauf hin, dass sich der Integrationsrat bei der Fortschreibung des Integrationskonzeptes einbringen, Wünsche und Forderungen formulieren und sich regelmäßig über den Stand der Umsetzung informieren muss.

Von der Vorlage wird Kenntnis genommen.

### **6. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine schriftlichen Berichte vor.

### **7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung**

Es wurden keine Vorschläge zur Tagesordnung eingereicht.

### **8. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung**

#### **8.1. Krankenkassenkarte für AsylbewerberInnen - Antrag der Fraktion Die Linke Vorlage: 15/0695**

Herr Beinersdorf berichtet, dass der Antrag seiner Fraktion in der Ratssitzung am 11.12.2014 zur Beratung in den Integrationsrat und den Sozialausschuss verwiesen worden ist. Dieser Antrag hat sich aber inzwischen durch den neuen Antrag fast aller Fraktionen und Gruppen, der unter Tagesordnungspunkt 8.2 behandelt wird, erledigt. Herr Beinersdorf zieht daher den Antrag DS 15/0695 zurück.

## 8.2. Gesundheitskonzept für Flüchtlinge und Asylsuchende Vorlage: 15/0852

### Abstimmungsergebnis:

Ja 18 Nein 0 Enthaltungen 0

### Beschluss:

1. Die Stadt Remscheid will die medizinische Regelversorgung für Flüchtlinge und Asylbewerber\*innen verbessern und deren Krankenbehandlung auf eine gesetzliche Krankenversicherung in Anlehnung an das „Bremer Modell“ übertragen, hierbei erhalten Leistungsberechtigte nach §§ 4 und 6 AsylbLG eine Krankenversicherten-Chipkarte der gesetzlichen Krankenversicherung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit den gesetzlichen Krankenkassen aufzunehmen, um eine entsprechende Vereinbarung auf Grundlage des § 264 Absatz 1 SGB V zu treffen.
3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, auch das Land zu bitten Rahmenverhandlungen mit den Krankenkassen zu führen.
4. Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, gemeinsam mit den entsprechenden Akteuren aus Gesundheitshilfe und Flüchtlingsarbeit die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschen ohne Papiere in Anlehnung an das „Bremer Modell“ für Remscheid weiter zu entwickeln und ein entsprechendes Gesundheitskonzept, u.a. mit dem Ziel eine Sprechstunde des Gesundheitsdienstes (z.B. mit dem Medimobil) in Flüchtlingsheimen zu implementieren, zu erarbeiten.
5. Die kommunale Gesundheitskonferenz wird gebeten, über die bislang vereinbarten Themenschwerpunkte hinaus das Thema gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Remscheid mit zu bearbeiten und hierbei auch die hieran beteiligten Akteure aus dem Gesundheitswesen und die örtlichen Flüchtlingsorganisationen mit einzubinden.
6. Für die Stadt Remscheid ergeben sich dadurch keine zusätzlichen Kosten.

## 9. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

Es werden keine Anfragen gestellt.

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung. Sie weist darauf hin, dass die Sitzung am 05.03.2015 im Asylbewerberheim, Wülfingstr. 1, stattfinden wird.

gez.

---

Erden Ankaý-Nachtwein  
Vorsitzende

gez.

---

Silke Eller  
Schriftführerin